

EVELINE WIDMER-SCHLUMPF'S VERTRAUENSBLDENE ANTWORTEN

Stabilität des Finanzplatzes: Der Bundesrat versprach während der Finanzkrise, alles zu unternehmen, um die Stabilität des Finanzplatzes Schweiz sicherzustellen. Marcus Knill untersucht die Interviews mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die während der krankheitsbedingten Abwesenheit von Finanzminister Hans-Rudolf Merz als stellvertretende Finanzministerin agierte, als noch niemand etwas von der Rettungsaktion für die in Not geratene UBS ahnte.

Text: **Marcus Knill*** Bilder: **Keystone**



Der Bundesrat versprach während der Finanzkrise, alles zu unternehmen, um die Stabilität des Finanzplatzes Schweiz sicherzustellen. Wir beleuchten die Interviews, die

mit der stellvertretenden Finanzministerin geführt wurden, als noch niemand etwas von der Rettungsaktion für die in Not geratene UBS ahnte.

* In dieser Rubrik analysiert Medienpädagoge, Kommunikationsberater und Autor Marcus Knill (knill.com und rhetorik.ch) Geschehnisse aus dem Bereich Medienrhetorik.

SEQUENZ

Quelle: Blick-online

Blick: Ist der Bundesrat vorbereitet, wenn in der Schweiz Ereignisse eintreten, wie wir sie nun zuhauf im Ausland haben? Staatsgarantien, Rettungsaktionen für schlingernde Banken?

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf: "Ja, wir sind auf alles vorbereitet. Das ist unsere Pflicht. Aber wir reden erst über Massnahmen, wenn solche konkret beschlossen werden sollten."

ANALYSE

Die Antworten der Bundesrätin überzeugen, weil Spekulationen fehlen und sie mit den Botschaften konsequent bleibt. Die Aussagen sind eindeutig: JA oder NEIN. "Wir sagen erst etwas, wenn wir etwas beschlossen haben." Kein Lavieren! Die kurzen und unmissverständlichen Aussagen sind glaubwürdig. Die Journalisten versuchten der Magistratin zu entlocken, welche Szenarien der Bundesrat durchdacht hatte oder welche Massnahmen geplant seien. Vorbildlich, wie standfest und konsequent die stellvertretende Finanzministerin antwortet.

SEQUENZ

Trotzdem: Selbst Hochschulprofessoren kritisieren, dass der Bundesrat zu wenig vertrauensbildende Signale aussendet...

“Nochmals: Der Bundesrat hat verschiedene Szenarien ausgearbeitet und ist jederzeit in der Lage, die geeigneten Massnahmen zu treffen, so solche notwendig sein sollten. Aber es macht keinen Sinn zu sagen: Wenn das geschieht, machen wir das, und falls dieser Fall eintritt, handeln wir so.”

Weshalb nicht?

“Wir würden auf diese Weise die Verunsicherung wohl nur noch verstärken. Unsere Philosophie ist eine ganz andere: Wir machen politische Aussagen über konkrete Massnahmen erst, wenn diese notwendig und beschlossen sind. Meines Erachtens dient der vom Bundesrat eingeschlagene Weg der Vertrauensbildung.”

Eine leise Kritik an ausländischen Politikern?

“Möglicherweise sind wir etwas besser vorbereitet als andere Länder.”

Doch noch konkreter: Wenn eine Schweizer Bank ins Schlingern gerät ...

“Der Bundesrat wird alles unternehmen, damit die Stabilität des Schweizer Finanzplatzes insgesamt sichergestellt werden kann.”

Verbesserung des Anlegerschutzes?

“Ich werde sehr bald etwas Konkretes dazu sagen können. Wir arbeiten daran.”

Weshalb gehen Sie am Wochenende nicht zur Weltbank-Tagung nach Washington?

“Frau Leuthard und ich haben vereinbart, dass sie in die USA reist. Uns ist wichtig, dass ich in diesen Tagen in der Schweiz bleibe. Für mich ist ausschlaggebend, dass ich weiterhin direkten Kontakt mit Vertretern der Eidgenössischen Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank habe, um die tägliche Lageanalyse an den Finanzmärkten vorzunehmen.”

Haben Sie Kontakt mit Ihrem Kollegen Hans-Rudolf Merz?

“Ja, wir haben telefoniert. Ich habe ihn über die grösseren Geschäfte informiert.”

Wie wirkte er auf Sie?

“Sehr munter, sehr präsent. Das ist für mich, wie für alle, eine grosse Erleichterung.”

ANALYSE

Das Nachhaken der Journalisten bringt nichts. Widmer-Schlumpf wiederholt, dass sie nicht mehr sagen werde, und begründet diese Zurückhaltung mit dem einleuchtenden Argument, mit der Offenlegung der Massnahmemöglichkeiten würde die Verunsicherung nur verstärkt. Die Strategie, erst zu informieren, wenn etwas beschlossen ist, zieht sie durch und strahlt dadurch Sicherheit aus. Die Antworten sind vertrauensbildend. Auf die Frage, ob sie damit andere Staaten kritisiere, antwortet Eveline Widmer-Schlumpf geschickt: “Möglicherweise sind wir besser vorbereitet.” Mit dieser Möglichkeitsform lässt sie es offen, ob es so ist, aber durchblicken, dass die Schweiz gut vorbereitet ist.

Die Frage nach der Bank, die eventuell in Not gerate, hat etwas Hellscheherisches: Kurz darauf ist nachher die UBS ins Schlingern geraten. Auch die Antwort ist kurz und bündig:

Der Bundesrat wird alles unternehmen, damit die Stabilität des Finanzplatzes Schweiz sichergestellt werden kann. Heute sehen wir, dass die Bundesrätin durch ihre Zurückhaltung nichts Falsches versprochen hatte. Die Eindeutigkeit und der Verzicht auf Prognosen lohnte sich. Bundesrätin Widmer-Schlumpf weiss, dass man in Krisen nicht verreisen darf, der Kapitän gehört in Krisensituationen an Deck. Mit dem Verzicht auf eine geplante Reise war sie gut beraten. Bei der überraschenden Zuspitzung der Finanzkrise der UBS bewährten sich ihre Kontakte zu der Eidgenössischen Bankenkommission und der Schweizerischen Nationalbank, die neue Bundesrätin erwies sich als krisentauglich.

INSERAT 1/4 QUER RA
WERBEKÖNIG
235 X 80

Tagi online kündigte kurz nach diesem Interview dunkle Wolken am Horizont an:

“Grösster Kursabsturz seit 17 Jahren”, lautete der Titel. Die Schweizer Börse hat die schwärzeste Woche seit Langem hinter sich. Der SMI sackte um 7,79 Prozent auf einen Schlussstand von 5347 Punkten ab. Der Dow Jones befindet sich auf Berg-und-Tal-Fahrt. Auch im Interview vom 10. Oktober 2008 gelang es Eveline Widmer-Schlumpf, in der Krisensituation vertrauensbildende Worte zu finden.

– Der Bund wolle die Einlagesicherung verstärken (offen sei nur noch die Höhe dieses Schutzes – die EU habe sich für 80 000 Fr entschieden).

– Offen sei, welche Guthaben es betreffe. Die Bundesrätin wiederholte die Kernaussage, die sie in allen Interviews gemacht hatte: Der Bundesrat werde erst dann kommunizieren, wenn es etwas zu kommunizieren gebe. Nur weil andere Staaten dies praktizierten, müsse die Schweiz ihre geplante Massnahmen nicht schon vorzeitig bekannt geben.

Sie schloss aber nicht aus, dass sich die Krise auch auf die Schweiz auswirken könne.

Widmer-Schlumpfs antizipierte Kernbotschaften, wie:

– Die Kantonalbanken in der Schweiz werden eine stabilisierende Rolle spielen.

– Der Bundesrat hat sich mit allen möglichen Szenarien eingehend auseinandergesetzt. Massnahmen gibt er jedoch erst bekannt, wenn es so weit ist (Wiederholungstaktik).

Leider hielt sich Bundesratskollegin Leuthard nicht an die Sprachregelung des Bundesrates. In den Medien folgten hernach bedrückende Bilder: “Händler an der New Yorker Börse durchleben turbulente Stunden.”

“Weltweite Ausverkaufsstimmung zeichnete sich an den Börsen ab.”

Ich zitiere den *SonntagsBlick*:

“Doris Leuthard verspricht, die Grossbanken im Notfall zu retten.”

ZWISCHENBEMERKUNG

Sie lässt mehr verlauten als Eveline Widmer-Schlumpf und verstösst dadurch gegen die Krisenkommunikationsregel: Alle Regierungsmitglieder müssen sich an die gleiche Sprachregelung halten, die Regierung spricht mit einer Stimme.

Der Bundesrat liess trotz Leuthards Vorprechen nichts zu den Notfallplänen verlauten, die für den Fall eines Grossbanken-Crashes ausgearbeitet worden waren. Man habe die Lage im Griff, sagte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf am vergangenen Donnerstag lediglich und blieb weiter zurückhaltender als ihre Kollegin. Gleichentags redete dann wieder Wirtschaftsministerin Doris Leuthard munter drauflos:

“Was wir auf jeden Fall nicht wollen – dass eine Grossbank in eine ernsthafte Krise gerät bis hin zu einem Konkurs”, sagte sie im Radio DRS. “Das würde der Bundesrat mit Sicherheit verhindern.” Diese Aussage sorgte im Finanzdepartement (EFD) für Verärgerung. Umgehend korrigierte man Leuthards Statement: “Der Bundesrat trifft Vorkehrungen, damit die Banken gar nicht erst in eine Lage geraten, in der sie Staatshilfe nötig haben.”

“Leuthard hat sich ungeschickt geäussert und nicht an die Sprachregelung des Bundesrats gehalten”, heisst es im EFD. Sprecherin Tanja Kocher sagt dazu nur: “Ich bin überzeugt, Doris Leuthard ist auf der Linie des Bundesrats.”

Auch Widmer-Schlumpf soll über Leuthard “not amused” gewesen sein. Aus ihrem Umfeld hiess es, Leuthards Statement entspreche nicht den realen Möglichkeiten. Nähme man sie beim Wort, müsste der Schweizer Staat mit einem Bruttoinlandprodukt von 510 Milliarden Franken im Falle eines UBS-Crashes eine Bank mit einer Bilanzsumme von 2000 Milliarden retten – ein Ding der Unmöglichkeit.

Auch SVP-Finanzexperte Hans Kaufmann schüttelte den Kopf über die Wirtschaftsministerin: “Leuthard kann ihr Versprechen nicht einhalten. Für eine solche Rettungsaktion fehlt nicht zuletzt die rechtliche Grundlage.” Es war schon das zweite Mal, dass sich Leuthard im Zusammenhang mit der Finanzkrise fast um Kopf und Kragen redete.

Den ersten Patzer leistete sie sich am 17. September. Zwei Tage nach dem Konkurs der US-Investmentbank Lehman Brothers sagte sie in einem *Blick*-Interview: “Wir sehen null Indizien für eine Rezession.” Damit sorgte sie bei Economiesuisse für Verwunderung: Dort rechnete man damals bereits für 2009 mit rezessiven Quartalen. Seither sieht alles noch düsterer aus.

Der *SonntagsBlick* wusste: Am Donnerstag, kurz vor Leuthards Abflug zur IWF-Tagung in Washington, rief Economiesuisse-Präsident Gerold Bühler die Wirtschaftsministerin persönlich an – um ihr zu sagen, er werde am Freitag in der “Arena” vor einer Rezession warnen. Was er dann auch tat.

Zur Kritik an Leuthard wollte sich das Volkswirtschaftsdepartement aber nicht mehr äussern: “Kein Kommentar!”

KOMMENTAR

Diese Mediengeschichten haben eine ganz neue Dimension, seit wir die Fortsetzungsgeschichte kennen. Die UBS musste überraschenderweise mit einer Finanzspritze von 68 Milliarden gerettet werden, nachdem es überall geheissen hatte, unsere Banken hätten genügend Reserven und könnten sich im

Gegensatz zu ausländischen Banken selbst finanzieren.

Rückblickend sehen wir nun, wie gefährlich es sein kann, sich auf Prognostiker und Bankspezialisten zu verlassen.

ZU WIDMER-SCHLUMPF'S KRISEN RHETORIK

Die neue Bundesrätin erwies sich auf Bundesebene als ehemalige Finanzministerin im Kanton Graubünden als krisentauglich.

Im Vergleich zu allen unbestimmten, zögerlichen Auftritten nach der Abwahl Blochers ist festzustellen:

– Die Bundesrätin war überzeugt von dem, was sie sagte. Dadurch strahlte sie Sicherheit aus.

– Körpersprache, Stimme und Inhalt stimmten jeweils überein.

– Sachebene, Beziehungsebene (Kopf und Emotionen) waren im Gleichgewicht.

Eveline Widmer-Schlumpf war stets natürlich, glaubwürdig, überzeugend und strahlte Vertrauen aus. Sie wagte es auch, UBS-Kurer die Stirne zu bieten.

Es kommt nicht von ungefähr, dass ihr in den Pressechos Sachlichkeit und Glaubwürdigkeit attestiert werden. Die fachliche Kompetenz musste sie in dieser überraschenden Situation nicht neu erwerben, sie profitierte von ihrer langjährigen Erfahrung als Finanzpolitikerin. Von 2000 bis zum Amtsantritt präsidierte sie die kantonale Finanzdirektorenkonferenz und war von 2004 bis zum Amtsantritt als Bundesrätin auch im Bankrat, dem Aufsichtsgremium der Schweizerischen Nationalbank. Die neue Bundesrätin habe ich auch noch nie so engagiert gesehen wie in der “Arena”, als sie zu den Boni der Banker Klartext redete. Ich unterstreiche das Urteil eines Leserbriefschreibers in der *NZZ am Sonntag* vom 26. Oktober: “Intelligent, sachlich, analytisch, rasch und frei von jeder Ideologie hat sich die Bundesrätin zur Problematik der Bankenkrise geäussert.” Die Ersatz-Finanzministerin beherrschte tatsächlich das komplexe Problem-Dossier.

FAZIT

In Krisensituationen kann sich nur bewähren, wer über das notwendige Fachwissen verfügt und das ABC der Krisenkommunikation beherrscht.

Besser hätte es der erkrankte Finanzminister Merz auch nicht machen können.

Bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat tatsächlich auf alle möglichen Situationen vorbereitet ist, zumal aus den USA weitere Katastrophenmeldungen (Ausfälle bei den Kreditkartenschuldnern) kommen. ■